4initia

Newsletter
Dezember 2019

No. 12

Strompreisrückblick:
November 2019

Alle gegen Altmaier

– wie der Wirtschaftsminister sogar Industrie- und Naturschutz-verbände zusammenbrachte

Meldungen

Blue Elephant Energy AG baut Windpark-Portfolio aus

Erster Windpark Westafrikas wird in Senegal errichtet

Weltweit größter schwimmender Offshore-Windpark in Planung

Baubeginn von 299 MW-Windpark in North Dakota

Betreiber von Windparks sollen zukünftig für Netzausbau mitzahlen

Krise in der deutschen Windbranche - Enercon sorgt für weitere schlechte Nachrichten

PNE stellt weitere Windparks fertig

Prime Capital erwirbt weiteres Windprojekt

Windpark vor der Küste Taiwans errichtet

Weiterer Meilenstein für Realisierung des Windparks Aldermyrberget erreicht

BNetzA legt Ausschreibungshöchstwert für Wind an Land fest

Alle gegen Altmaier

– wie der Wirtschaftsminister sogar Industrie- und Naturschutzverbände zusammenbrachte

In der Septemberausgabe unseres Newsletters stellten wir anlässlich des groß angekündigten Windkraftgipfels, zu dem Minister Altmaier seiner Zeit effektvoll eingeladen hatte, die derzeit größten Planungshemmnisse für den Ausbau der Windenergie dar. Vor dem Gipfel ließ man sich hoffnungsvoll dazu hinreißen, zu denken, dass die Regierung endlich die Not erkannt habe, in der sich die Windkraftbranche im Jahr 2019 befindet. Schließlich seien annähernd 40.000 Jobs in der Windkraftbranche in den letzten zwei Jahren verloren gegangen, mahnte Hermann Albers, Präsident des Bundesverbandes Windenergie (BWE), in der vergangenen Woche. Eine Vielzahl von Themen sollten auf dem Gipfel Anfang September besprochen werden, wenig Konkretes war direkt im Anschluss verlautet worden. Recht ernüchternd war damit das Ergebnis des Gipfels. Zumindest versprach Wirtschaftsminister Altmaier einen Maßnahmenplan zur Stärkung der Windenergie in Deutschland. In den darauffolgenden drei Monaten ist einiges passiert – aus Sicht der Windbranche könnte man von einem Krimi sprechen.

Wirtschaftsministerium legt 18-Punkteplan vor

Am 7. Oktober legte das Wirtschaftsministerium zunächst einen 18-Punkteplan vor. Diese Aufgabenliste sollte aufzeigen, wie die stockende Genehmigungsvergabe für Windenergie wieder in Gang gebracht und der deutsche Markt für Windenergie wiederbelebt werden könnte. Einige der genannten Punkte wurden positiv von der Industrie aufgenommen. Bedauert wurde öffentlich, dass diese Liste keine zielführenden Maßnahmen enthielt, die die für die Erfüllung der Energieziele notwendige Flächenkulisse sichern. In einer Pressemitteilung nach der Veröffentlichung des 18-Punkteplans warnte der Bundesverband Windenergie bereits vor pauschalen Abständen zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung.

Verbände gegen pauschale Abstände

Umso größer war die Empörung, als am 12. November der Referentenentwurf des Kohleausstiegsgesetzes vorgestellt wurde, der unter anderem die in den nachfolgenden Wochen viel diskutierte bundesweite Abstandsregelung von 1.000 m zwischen Windenergieanlagen und (mehr als fünf) Wohngebäuden enthielt. Der Aufschrei in der Politik und in den Medien war groß. Die Warnungen der Industrie waren schlichtweg ignoriert worden. In einer selten zuvor gesehenen Geschlossenheit stellten sich daraufhin diverse Lobbyverbände der Industrie, u. a. der bdew, BWE, VDMA, DGB, BDI und der VKU, gegen die Pläne des CDU-geführten Wirtschaftsministeriums.

Auch in den Reihen des Koalitionspartners SPD war man mit der Abstandsregelung nicht einverstanden. Nur zwei Tage nach der Veröffentlichung des Referentenentwurfs stellte Umweltministerin Schulze klar, dass sie mit den Vorschlägen aus dem Bundeswirtschaftsministerium in dieser Form nicht einverstanden sei. Es folgten einige namhafte Parteikollegen und pflichteten ihr bei. Es kommt somit nicht von ungefähr, dass der ursprüngliche Termin für einen Kabinettsbeschluss am 18.11. nicht gehalten werden konnte, da sich die SPD noch gegen die neue Abstandsregelung stellte. Der Termin wurde zunächst auf den 03.12. vertagt.

Durchaus spannend ist in diesem Zusammenhang der Fakt, dass viele wichtige Gesetzesänderungen, die die Windenergie betreffen, in das Kohleausstiegsgesetz integriert wurden, welches vornehmlich die Vorschläge der Kohlekommission umsetzen und den Ausstieg aus der Kohleverstromung gesetzlich regeln soll. Dazu gehört auch die neue und hoch umstrittene Abstandsregelung. Die SPD, die mehrheitlich hinter ihrer Bundesumweltministerin Svenja Schulze steht und damit diese Regelung ablehnt, steht damit jedoch vor einem Dilemma: Zwar ist das „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen" bereits verabschiedet, jedoch tritt dieses Gesetz mitsamt der Ausschüttung der Fördergelder laut Artikel 4 erst in Kraft, wenn auch ein Kohleausstiegsgesetz verabschiedet wurde.

Vor allem die finanziellen Regelungen stellen einen wichtigen Kompromiss für den Juniorpartner der CDU bei den wochenlangen Diskussionen innerhalb der Großen Koalition dar. Immerhin gehört die Braunkohlewirtschaft auch weiterhin zu einem der wichtigsten Klientel der SPD. Wissentlich übte die CDU großen Druck auf die SPD aus und drohte, die Fördergelder für die wichtigen Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Sachsen zurückzuhalten. Ein Versuch der CDU, die SPD in die Ecke zu drängen, um doch noch deren Zustimmung zu erwirken. Stattdessen meldeten sich regelmäßig SPD-Politiker zu Wort, mit ihnen sei das Kohleausstiegsgesetz in dieser Form nicht machbar.

Keine Akzeptanzsteigerung durch pauschale Abstände

Was die pauschalen Abstände von 1.000 m bedeuten, hat das Umweltbundesamt in seiner Studie „Analyse der kurz- und mittelfristigen Verfügbarkeit von Flächen für die Windenergienutzung an Land" dargestellt. Die Autoren der Studie zeigen auf, dass schon nach derzeitigen Maßgaben zur Ausweisung von für Windenergie geeigneten Flächen das Potenzial kaum ausreichend ist, um die Ausbauziele für Erneuerbare Energien bis 2035 zu erreichen. Diese sollen im EEG Artikel 6 sogar auf 65 % erhöht werden. Pauschale Abstände von 1.000 m reduzieren das Leistungspotenzial bundesweit um 20 – 50 %, für einzelne Bundesländer um bis zu 90 %.

Eine Erhöhung der Akzeptanz bei der Bevölkerung bringen solche Maßnahmen zudem nicht zwingend hervor, so die Autoren. Zu dem gleichen Ergebnis kam auch eine am 28. November dieses Jahres veröffentlichte Studie des DIW Berlin, in der die Auswirkungen des 10H Mindestabstands in Bayern untersucht wurden. Die Studienautoren betonen ebenfalls, dass eine Stärkung der Akzeptanz durch striktere Mindestabstände nicht unbedingt gegeben sei. Umso erfreulicher ist es, dass die Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt schon Ende November verlauten ließen, dass sie von dem im Gesetzestext verankerten Opt-Out Gebrauch machen und geringere Abstände festlegen werden.

Eine solche Initiative ist durchaus sinnvoll, da eine weitere Folge der geplanten Abstandsregeln ist, dass bestehende Regionalpläne, die vor 2015 erlassen wurden und geringere Abstände zur Wohnbebauung festgelegt haben, ihre Gültigkeit verlieren.

Der Regionalplan Uckermark-Barnim in Brandenburg beispielsweise legte pauschal 1.000 m Abstand zu Wohnbebauung fest, jedoch einen Restriktionsbereich zwischen 800 und 1.000 m für Bestandanlagen. Eine Gesetzesänderung würde den Regionalplan allein aus diesem Grund für nichtig erklären.

Trotz der harschen Kritik von Industrie- und Umweltverbänden hielt Altmaier weiter an seinen Plänen fest. Auch die Ankündigung von Deutschlands größtem Windenergieanlagenbauer ENERCON, bis zu 3.000 Stellen abbauen zu müssen, änderte daran nichts. Ein weiteres Treffen zwischen Vertretern der Branche und Minister Altmaier im Wirtschaftsministerium am Abend des 18. Novembers war noch ein Versuch, den Minister von seinen strikten Abstandsregeln abzubringen. Doch auch nach zweieinhalb Stunden kontroverser Diskussion habe Altmaier die Probleme schlicht kleingeredet.

In einem Ablenkungsmanöver verwies er sogar auf seine Kabinettskollegin Svenja Schulze und sah die Schuld der Windkraftkrise in ihrem Umweltressort. So warf er ihr vor, das Umweltministerium gebe keine klaren Vorgaben beim Arten- und Naturschutzrecht und blockiere so die Energiewende und ihre Akzeptanz. Unklar ist, welche internen Kräfte Altmaier zu seinem klaren Bekenntnis zur Abstandsregelung bewegen. Greenpeace-Klimaexperte Andree Böhling wirft Altmaier sogar vor, „mehr und mehr zum Handlanger irrationaler Gegner von Energiewende und Klimaschutz“ zu werden. Viele sehen einen Einfluss von Energiewendegegnern aus dem den konventionellen Energieerzeugern nahestehenden CDU-Wirtschaftsflügel, andere die gemeinhin lauten Schreie der Bürgerinitiativen. Das Erstarken der AfD in diesem Zusammenhang, die mit ihren Argumenten gegen die Erneuerbaren diese Klientel bedient, könnte dabei ebenfalls eine Rolle spielen. Vielen Initiativen gegen den Ausbau von Windenergie gehen die geplanten 1.000-m-Abstände jedoch noch nicht einmal weit genug. Nach dem Vorbild der 10H-Regelung in Bayern, die einen Mindestabstand der zehnfachen Anlagenhöhe zur nächsten Wohnbebauung festlegt, sollen auch deutschlandweit diese Abstände eingeführt werden. Mit Abständen von heute wohl bis zu zweieinhalb Kilometern würde es mit wenigen Ausnahmen jedoch faktisch keine Windenergieanlagen mehr in Deutschland geben. Am Ende muss man es schon fast mit Ironie betrachten, dass die letztendliche Federführung der 1.000-m-Regelung, die im Baugesetzbuch verankert werden soll, als Zuarbeit bei Horst Seehofers Innen- und Bauministerium lag.

Welche Maßnahmen die Akzeptanz innerhalb der betroffenen Bevölkerung tatsächlich stärken, darüber streiten sich die Fachleute. Eine große Bedeutung wird der finanziellen Beteiligung der Kommunen beigemessen. So äußerte sich kürzlich auch der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds und forderte unter anderem eine Sonderabgabe für die Standortgemeinden nach dem Vorbild des Mitte 2019 in Kraft getretenen Brandenburger Gesetzes. Von außen betrachtet ist das ein richtiger Ansatz. Schaut man jedoch im Detail danach, wie das Geld in der Kommune verwendet wird, kann man nicht immer davon ausgehen, dass es dem Bürger vor Ort merklich zugutekommt. Auch ein Gießkannenprinzip kann dazu führen, dass der eine Bürger, der näher am Windpark wohnt, seiner Meinung nach zu Unrecht genauso viel bekommt wie der Mitbürger am anderen Ende des Ortes.

So liegt der Teufel wie immer im Detail und hängt stark von der Mentalität und den Bedürfnissen der jeweiligen betroffenen Bürger ab. Des Weiteren heißt es von vielen Seiten, sollten Vorhabenträger die Kommunen frühzeitig einbeziehen. Doch dieser Ansatz birgt die Gefahr, dass das frühe Wissen um einen geplanten Windpark auch eine frühe Organisation von Bürgerinitiativen mit sich bringen kann.

Kehrtwende um norddeutschen Elf-Punkte-Plan

Ende November zeichnete sich dann jedoch ein Einlenken beim Wirtschaftsminister Altmaier im Streit um das Kohleausstiegsgesetz ab. Was ihn umstimmen konnte, war zunächst nicht bekannt. Vielleicht war es die Ankündigung von Branchenvertretern und den SPD-, aber auch CDU-Länderchefs aus Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen, einen gemeinsamen Brandbrief zur Zukunft der Windenergie an Kanzlerin Merkel in Berlin zu übergeben. Dieser Brandbrief, der am 29. November öffentlich vorgestellt wurde, enthielt zudem einen Elf-Punkte-Plan, der bei seiner Umsetzung der Windbranche wieder auf die Beine helfen soll. Vielleicht war es auch die Hiobsbotschaft der Fachagentur Windenergie an Land, dass 2019 ein so geringer Leistungszubau von Windenergieanlagen stattfand wie seit 1998 nicht mehr.

Aus internen Kreisen des Wirtschaftsministeriums verlautete, dass alle die Erneuerbaren Energien betreffenden Punkte aus dem Kohleausstiegsgesetz wieder gestrichen und in einem separaten Gesetz verankert werden. Dazu gehören jedoch womöglich auch alle positiven Passagen wie die Erhöhung der Ziele zum Ausbau der Erneuerbaren oder aber auch die Abschaffung des Deckels von 52 GW für Solaranlagen, die die Solarbranche kurzzeitig hatte aufatmen lassen.

Wann ein solches Gesetz kommen soll, steht derzeit noch nicht fest. Auch ob die Abstandsregelung weniger streng gefasst werden wird, ist ebenfalls unklar. Wenn nicht, würde das sicherlich die Diskussion erneut entfachen. Klar ist nur, dass, wenn es um den Ausbau der Windenergie geht, sich Allianzen aufbauen können, mit denen noch vor wenigen Wochen niemand gerechnet hatte. Hermann Albers (BWE) warnt jedoch indes davor, dass man sich innerhalb der Branche bei einer neu entfachten Diskussion nicht gegeneinander ausspielen lassen dürfe. Der SPD, den Grünen sowieso, vielen Länderchefs, Branchenverbänden, Energieversorgern und sogar Naturschutzverbänden ist jedenfalls klar, so hat es sich gezeigt, dass die Energiewende und die Einhaltung der Klimaziele ohne die Windenergie nicht funktionieren kann.

Sicherlich müssen Wege gefunden werden, die Akzeptanz innerhalb der betroffenen Bevölkerung zu erhöhen. Einheitliche Abstandsregelungen, da sind sich die meisten Experten einig, werden dazu jedoch keinen Beitrag leisten können. Die Probleme, wie wir sie im September dargestellt haben, bleiben also erst einmal auf unbestimmte Zeit bestehen. Und was sagt Minister Altmaier zu alldem? Der hält weiter an den 1.000 m fest.

VON: MIRKO SIEGMUND

Strompreisrückblick November 2019

Die Stromproduktion durch Windenergieanlagen (WEA) im November 2019 erreichte 10,07 TWh. Damit liegt die Monatsproduktion 1,33 % über der des Vorjahreswertes und 13,44 % unter dem Vormonatswert.

Das bisherige Jahresmittel beläuft sich dadurch kurz vor Jahresabschluss auf 9,87 TWh für die Einspeisung aus WEA. Die Einspeisung aus Photovoltaikanlagen lag mit 1,05 TWh unterhalb des Vorjahreswerts (-10,47 %), sowie deutlich unterhalb des Vormonatswerts (-56,89 %) und trägt damit zur Senkung des bisherigen Jahresmittels von vormals 4,01 TWh auf 3,74 TWh bei.

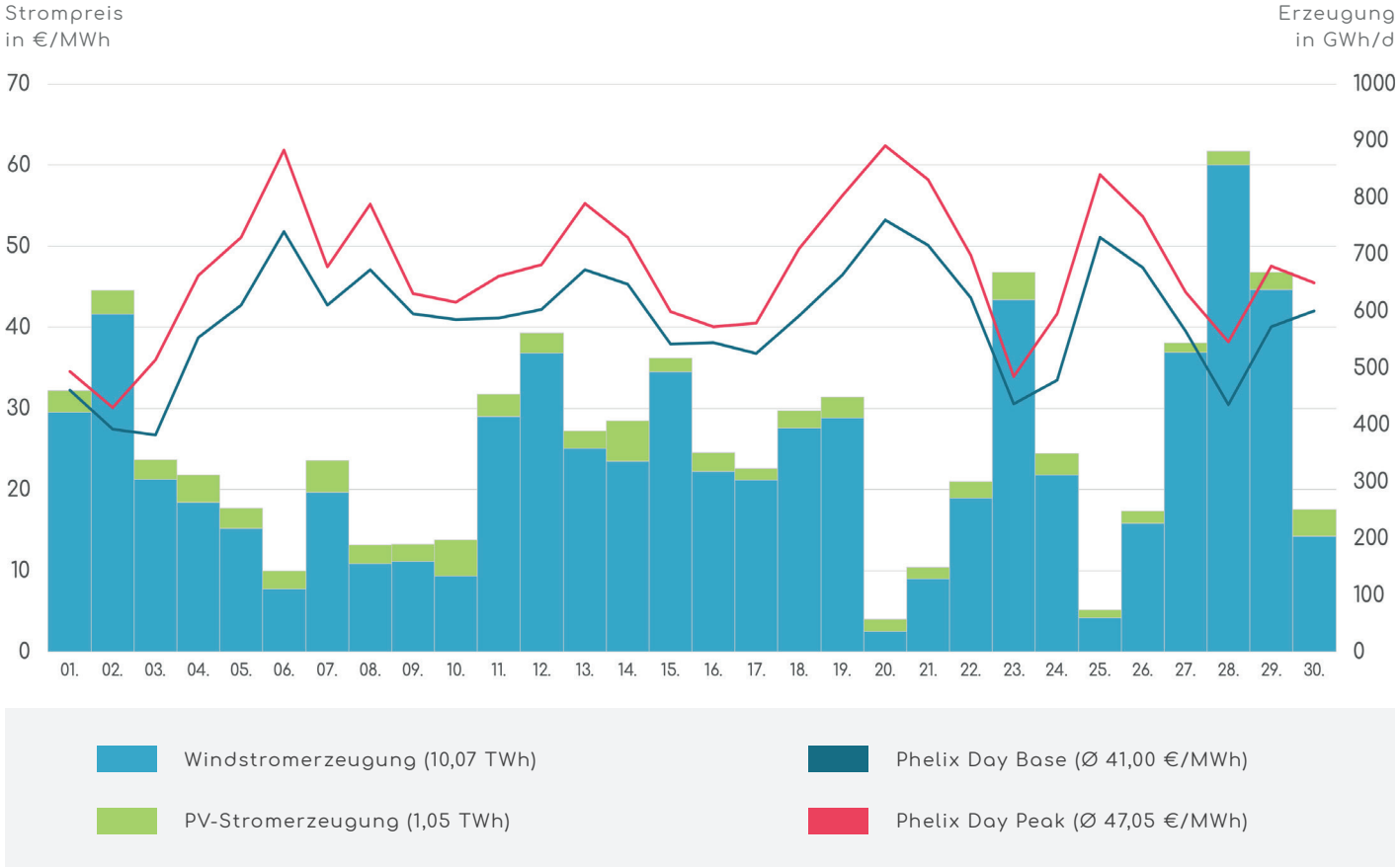
Zusammen speisten Wind und Sonne damit 11,12 TWh ein, wobei das Maximum (882 GWh) am Donnerstag, dem 28.11.19, sowie das Minimum (58 GWh) am Mittwoch, dem 20.11.19, auftrat. Am 28.11.19 trat ebenfalls die maximale und am 20.11.19 die minimale Stromproduktion durch WEA auf, was die jahreszeitlich bedingte Dominanz der Stromproduktion durch WEA im Vergleich zu PV unterstreicht.

Market and price	Day Ahead - Phelix Day Base	Phelix Day Peak
AVERAGE	41,00 €/MWh	47,05 €/MWh
MIN	26,69 €/MWh	30,12 €/MWh
MAX	53,25 €/MWh	62,41 €/MWh

Quellen: http://www.epexspot.com/en/press-media/press-archive, https://energy-charts.de/price_de.htm?auction=1h&year=2019&month=11

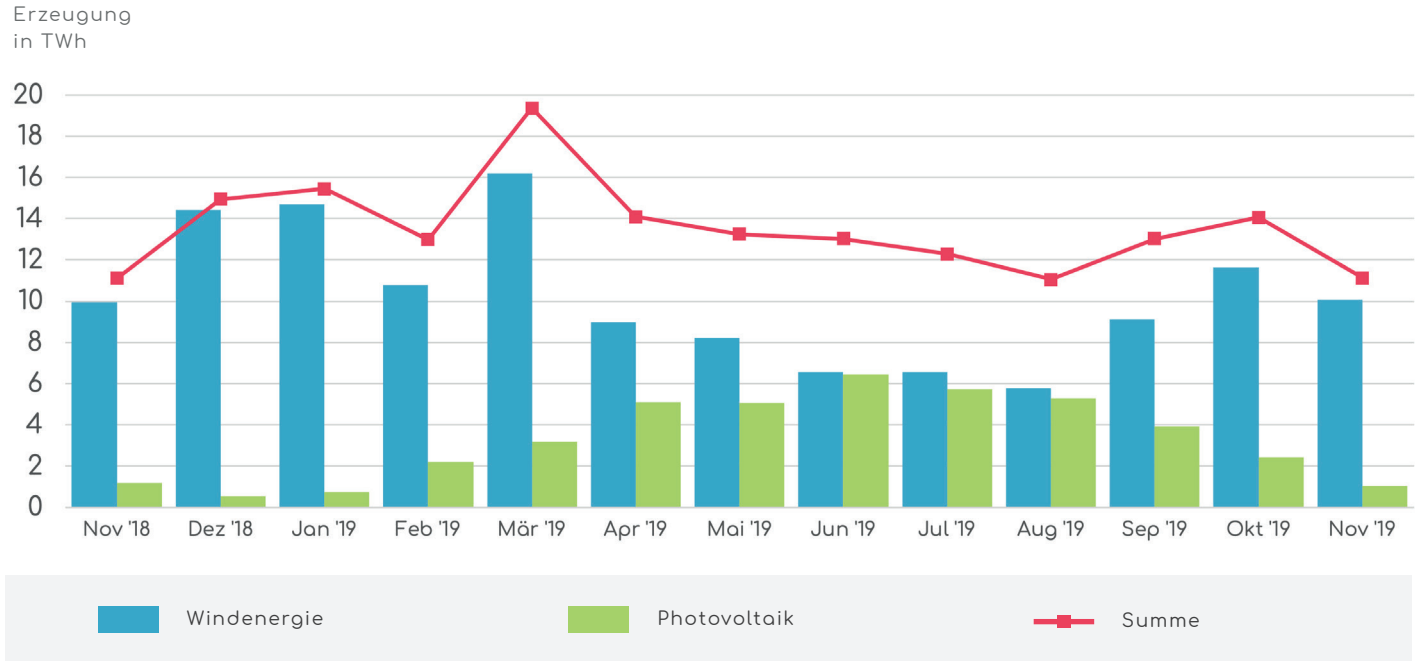
Am Sonntag, dem 03.11.19, notierte der Phelix Day Base mit 26,69 €/MWh mit dem Monatstief. Am Vortag, dem 02.11.19, erreichte der Phelix Day Peak den Monatstiefstwert mit 30,12 €/MWh. Das Monatsmaximum trat für beide Produkte am Tag der niedrigsten Stromproduktion durch Erneuerbare, dem 20.11.19, auf und notierte bei 53,25 €/MWh (Base) sowie 62,41 €/MWh (Peak). Die Monatsmittelwerte liegen mit 41,00 €/MWh bzw. 47,05 €/MWh deutlich über dem Niveau des Vormonats (36,96 €/MWh bzw. 42,13 €/MWh).

Phelix November 2019



Quelle: EPEX, SPOT, 50Hertz, Amprion, TenneT TSO, TransnetBW

Monatssummen von Windenergie- und Solarstromerzeugung der letzten 13 Monate



Quelle: EPEX, SPOT, 50Hertz, Amprion, TenneT TSO, TransnetBW

Meldungen

Blue Elephant Energy AG baut Windpark-Portfolio aus

Blue Elephant Energy erweitert sein Portfolio um sechs Anlagen mit einer Gesamtleistung von 22,4 MW. Die Turbinen speisen seit 2016 und 2018 ins Netz ein und wurden von der UKA übernommen. Durch den Kauf erwartet BEE eine Steigerung des Jahresumsatzes um 4,3 Mio. € und zugleich eine Einsparung von 73 t $C0_2$.

Weltweit größter schwimmender Offshore-Windpark in Planung

Der norwegische Energiekonzern Equinor und zwei Partnerunternehmen haben gemeinsam entschieden, in einen Offshore-Windpark vor der Küste Norwegens zu investieren. Der Windpark namens Hywind Tampen wird aus 11 Siemens Gamesa Maschinen vom Typ SG 8.0-167 DD bestehen und Strom für die Energieversorgung von Öl- und Gasplattformen liefern. Mit einer Gesamtkapazität von 88 MW wird es sich um den bis dato weltweit größten schwimmenden Windpark handeln. Die IBN ist für Ende 2022 geplant.

Betreiber von Windparks sollen zukünftig für Netzausbau mitzahlen

Laut eines Referentenentwurfs sollen Windparkbetreiber zukünftig an der Finanzierung des Netzausbaus beteiligt werden. Der Entwurf sieht vor, dass die Bundesregierung alle Stromerzeuger verpflichten kann, einen Zuschuss zu den Ausbaukosten zu zahlen. Der Gesetzesentwurf kommt aus dem von Peter Altmaier geleiteten Wirtschaftsministerium. Grünen-Bundestagsabgeordnete Ingrid Nestle bezeichnete den Netzausbauzuschuss als den nächsten Nagel im Sarg der Windenergie.

Erster Windpark Westafrikas wird in Senegal errichtet

Der Windpark Taiba N'Diaye soll aus 46 WEA bestehen und eine Gesamtnennleistung von 158,7 MW aufweisen. Der Park wird somit über 2 Mio. Menschen mit grünem Strom versorgen und die Stromerzeugungskapazität des Landes um 15 % erhöhen. Realisiert wird das Projekt von der Lekela Power B.V., die sich auf die Versorgung von afrikanischen Gemeinden mit Strom aus Erneuerbaren Energien spezialisiert hat. Die kommerzielle IBN des Windparks ist für Anfang Dezember geplant.

Krise in der deutschen Windbranche - Enercon sorgt für weitere schlechte Nachrichten

Die schlechten Nachrichten für die deutsche Windbranche scheinen nicht abzureißen. Nun gab Enercon bekannt, in Deutschland bis zu 3.000 Jobs streichen zu müssen. Erste Kündigungen wird es voraussichtlich bereits 2020 in Aurich und Magdeburg geben. Die angespannte Situation lässt sich auch am Absatz auf dem deutschen Markt ablesen, denn nachdem Enercon in jüngster Vergangenheit teilweise mehr als 700 WEA pro Jahr ausliefern konnte, sind es nur 65 Anlagen im Jahr 2019. Negative Auswirkungen sind in diesem Zusammenhang auch für angebundene Produktionspartner und Zulieferer zu erwarten. Auch um die Kosten im Unternehmen zu senken und wieder aus den roten Zahlen zu kommen, wird die Produktion, z. B. die der Rotorblätter, verstärkt ins Ausland verlagert.

Bild: www.pne-ag.com

PNE stellt weitere Windparks fertig

Der Projektierer PNE hat den Bau zweier Windparks in Niedersachsen und Brandenburg abgeschlossen. Diese umfassen den Park Neuenwalde mit zwei Nordex Anlagen und einer Leistung von 7,2 MW sowie den Park Kittlitz 3, der aus sechs Anlagen der Firma Vestas besteht und über eine installierte Leistung von 20,7 MW verfügt. Bei diesen Anlagen handelt es sich um eine Erweiterung eines bestehenden Parks, der zuvor in zwei Phasen errichtet wurde. PNE betreibt sieben der Anlagen, während eine Anlage an einen externen Kunden veräußert wurde.

Prime Capital erwirbt weiteres Windprojekt

Das 254 MW Onshore-Projekt Stavro, welches von koreanischen Investoren und der nordrheinischen Ärzteversorgung erworben wurde, geht nun auf Prime Capital über. Der Asset Manager wird somit das Projekt im Norden Schwedens strukturieren, errichten und verwalten. Der Bau startete bereits im März 2019 und umfasst zwei Standorte mit jeweils 40 und 22 Windenergieanlagen. Die Parks werden voraussichtlich 2021 ans Netz gehen und verfügen bereits über einen 30-jährigen Wartungsvertrag mit Siemens Gamesa.

Baubeginn von 299 MW-Windpark in North Dakota

Enel Green Power North America, US-Tochtergesellschaft von Enel Green Power, gab über ihr Nachrichtenportal bekannt, dass sie mit dem Bau des 299 MW-Windparks Aurora in North Dakota begonnen hat. Die Gesamtinvestitionskosten für das Projekt sollen sich auf ca. 450 Mio. $ belaufen. Der Windpark soll bis Ende 2020 ans Netz gehen und ab dann jährlich ca. 1,3 TWh Strom produzieren. Nach Fertigstellung wird er bereits der zweite von Enel Green Power gebaute Windpark in North Dakota sein.

Windpark vor der Küste Taiwans errichtet

Mit dem Windpark Formosa 1 hat der Energiekonzern Ørsted seinen ersten Offshore-Windpark im asiatisch-pazifischen Raum eingeweiht.
Der Park, bestehend aus 22 Siemens Gamesa Turbinen mit einer Gesamtleistung von 128 MW, ist zugleich auch ein erster Meilenstein für die Regierung Taiwans. Bis 2025 will das Land 5.500 MW Offshore Windleistung installiert haben. Ørsted wird sich zusammen mit Siemens Gamesa weiter an der Umsetzung beteiligen. Aktuell realisieren beide Partner ein weiteres 900 MW Projekt in diesem Gebiet.

Weiterer Meilenstein für Realisierung des Windparks Aldermyrberget erreicht

Die wpd europe GmbH hat nach der Unterzeichnung eines PPA nun das Financial Close für den schwedischen Windpark Aldermyrberget erreicht. Der in der Gemeinde Skellefteå entstehende Windpark wird mit 17 Vestas V-150 eine Nennleistung von 4,2 MW und eine Nabenhöhe von 155 m aufweisen. Die Gesamthöhe der Anlagen wird 230 m betragen. Die kommerzielle IBN soll planmäßig im dritten Quartal 2020 stattfinden.

BNetzA legt Ausschreibungshöchstwert für Wind an Land fest

Die BNetzA hat Ende November den Höchstwert für das Jahr 2020 festgelegt. Wie schon im Jahr 2019 liegt er für das gesamte Jahr 2020 bei 6,2 ct/kWh. Zwar hätten fast alle Bieter bei den letzten drei Ausschreibungen den Höchstwert geboten, so dass § 36b Abs. 2 EEG einen Wert von 6,7 ct/kWh für die kommende Ausschreibung vorsieht. Rechnerisch könnte der Wert bis Dezember 2020 sogar auf 7,74 ct/kWh steigen. Da die BNetzA jedoch für 2020 wieder ein Ausbleiben des Wettbewerbs erwartet und eine Überförderung der Windenergie an Land vermeiden möchte, beruft sie sich auf § 85 EEG und reduziert den möglichen Höchstwert entsprechend.

Ausschreibungsergebnisse & Zinssätze

Ergebnisse der letzten Ausschreibungen in Deutschland

Energieträger	Wind	PV
GEBOTSTERMIN	01.10.2019	01.10.2019 Sonderausschreibung
ZUSCHLAGSVOLUMEN | GEBOTSVOLUMEN	204 MW | 675 MW	153 MW | 150 MW
ZULÄSSIGER HÖCHSTWERT	6,20 ct/kWh	7,50 ct/kWh
HÖCHSTER ZUSCHLAGSWERT	6,20 ct/kWh	5,20 ct/kWh
NIEDRIGSTER ZUSCHLAGSWERT	6,19 ct/kWh	4,59 ct/kWh
MENGENGEWICHTETER DURCHSCHNITT	6,20 ct/kWh	4,90 ct/kWh

Quelle Windausschreibung: https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/Ausschreibungen/Solaranlagen/BeendeteAusschreibungen/BeendeteAusschreibungen_node.html, Quelle PV Ausschreibung: https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/Ausschreibungen/Wind_Onshore/BeendeteAusschreibungen/BeendeteAusschreibungen_node.html

Zinssätze für Langzeitdarlehen für Windparks mit Preisklasse B

KfW-Programm Erneuerbare Energien Programmteil "Standard"

Darlehens-konditionen	Zinssatz	Gültig ab
Laufzeit: 10 Jahre Tilgungsfrei: 2 Jahre Zinsbindung: 10 Jahre	1,43 %	23.05.2019
Laufzeit: 15 Jahre Tilgungsfrei: 3 Jahre Zinsbindung: 15 Jahre	1,43 %	09.08.2019
Laufzeit: 20 Jahre Tilgungsfrei: 3 Jahre Zinsbindung: 10 Jahre	1,43 %	30.08.2019

Quelle KfW-Programm: https://www.kfw-formularsammlung.de/KonditionenanzeigerINet/KonditionenAnzeiger?ProgrammNameNr=270

Landwirtschaftliche Rentenbank Programm 255, Ratendarlehen

Darlehens-konditionen	Zinssatz	Gültig ab
Laufzeit: 10 Jahre Tilgungsfrei: 2 Jahre Zinsbindung: 10 Jahre	1,40 %	13.08.2019
Laufzeit: 15 Jahre Tilgungsfrei: 2 Jahre Zinsbindung: 10 Jahre	1,40 %	13.08.2019
Laufzeit: 20 Jahre Tilgungsfrei: 3 Jahre Zinsbindung: 10 Jahre	1,40 %	13.08.2019

Quelle Landwirtschaftliche Rentenbank: https://www.rentenbank.de/dokumente/KonditionenEKN/KonditionenEKN_2019-12.pdf

Impressum

4initia GmbH
Reinhardtstraße 29
DE-10117 Berlin

Tel.: +49 30 27 87 807-0
Fax: +49 30 27 87 807-50
E-Mail: info@4initia.de

www.4initia.de

Verantwortlich für diesen Newsletter gemäß § 5 TMG, § 55 Abs. 2 RStV:

Torsten Musick

Redaktionsschluss: 06.12.19